



**Athleten
Deutschland e.V.**

Stellungnahme zu den Vorgängen im deutschen Eisschnellauf

März 2026 | Ausschuss für Sport und Ehrenamt im
Deutschen Bundestag

1. Anlass

Athleten Deutschland dankt dem Ausschuss für Sport und Ehrenamt für die Befassung mit der Situation bei der Deutschen Eisschnelllauf- und Shorttrack-Gemeinschaft (DESG). Diese Vorgänge zeigen, dass Athletinnen und Athleten auch heute noch Gefahr laufen, durch Kritik an Missständen persönliche und sportliche Nachteile zu erleiden. Die aktuellen Entwicklungen stehen exemplarisch für strukturelle Probleme im deutschen Sport, auf die wir in dieser Stellungnahme eingehen werden. Folgende Forderungen sind dabei zentral:

- eine unabhängige Untersuchung der erhobenen Vorwürfe,
- die sofortige Aufhebung des Startverbots gegen Fridtjof Petzold und die Beendigung des Disziplinarverfahren sowie seinen Verbleib im Bundeskader,
- die Einrichtung einer unabhängigen Clearingstelle für Konflikte und Beschwerden im Spitzensport,
- ein starkes Mandat der künftigen Spitzensportagentur im Bereich Integrität und Athletenrechte,
- sowie verbindliche Fördervoraussetzungen im Bereich Good Governance.

Wir danken den Mitgliedern des Ausschusses für Ihre Kenntnisnahme und bitten um Unterstützung bei der Durchsetzung dieser Forderungen.

2. Unabhängige Untersuchung statt einseitiger Zurückweisung

In den vergangenen Jahren haben sich mehrfach Eisschnellläuferinnen und Eisschnellläufer an Athleten Deutschland gewandt. Sie berichteten von Einschüchterungen, der Ausnutzung von Machtungleichgewichten, Intransparenz, mangelhaftem Konfliktmanagement sowie fehlerhafter Kommunikation. Die vorläufige Suspendierung des Athleten Fridtjof Petzold per Präsidiumsbeschluss und die in der ARD-Recherche erhobenen Vorwürfe stehen damit nicht für sich, sondern fügen sich in eine Problemlage ein, auf die Athletinnen und Athleten seit Längerem hinweisen. Daraus haben sich wiederholt – wie zuletzt während der Olympischen Spiele – intensive Belastungssituationen für sie ergeben, die den Fokus auf Training und Wettkampf extrem gestört haben.

Die seitens des ARD-Rechercheteams enthüllten Vorwürfe dürfen deshalb nicht einseitig im Rahmen einer Pressekonferenz vom Tisch gewischt werden. Allein eine kommunikative Zurückweisung reicht nicht aus, ohne dass alle Beteiligten entsprechend angehört wurden. Wir fordern daher eine unabhängige Untersuchung der Sachverhalte. Ziel der Untersuchung muss es sein, mögliches Fehlverhalten und bestehende Verantwortung klar zu benennen, verlorenes Vertrauen wiederherzustellen und verbindliche Regeln für die künftige Zusammenarbeit abzuleiten. Auf dieser Grundlage muss ein Rahmen entstehen, der faire Bedingungen für die Athletinnen und Athleten sichert und zugleich die Voraussetzungen für Höchstleistungen schafft. Ein solcher Rahmen muss Kernanliegen des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) als Dachorganisation als auch des Bundeskanzleramts als primärer Förderer des Spitzensports in Deutschland sein. Wir erwarten, dass beide Akteure sich gegenüber der DESG für eine solche Untersuchung einsetzen.

3. Grundlegende Probleme in kleineren Sportarten und Verbänden

Gerade in kleineren Sportarten und Verbänden sind Athletinnen und Athleten häufig in besonderem Maß von einzelnen Personen und wenigen Strukturen abhängig. Je kleiner die Sportart, desto geringer sind oft die personellen und organisatorischen Alternativen. Umso wichtiger ist es, in solchen Strukturen wirksame Checks and Balances zu verankern. Dazu gehören klare Vorgaben in Satzungen und Regelwerken, nachvollziehbare Leitlinien für den Umgang miteinander, die Möglichkeit der Überprüfung von Entscheidungen, echte Beteiligung von Athletinnen und Athleten bereits in jungen Jahren sowie angemessene Information und Mitsprache von Eltern.

Solche Regelungen entfalten ihre Wirkung jedoch nur dann, wenn sie von einer Führungskultur getragen werden, die Verantwortung, Transparenz und Respekt tatsächlich vorlebt. Gerade in kleinen Sportarten kann Führungskultur kein Randthema sein, sondern ist eine zentrale Voraussetzung für funktionierende Verbandsstrukturen.

4. Verantwortung der DESG und notwendiger Kulturwandel

Die Reaktionen des Präsidiums der DESG in den vergangenen Tagen zeigen, dass es an einer solchen Führungskultur fehlt. Statt die erhobenen Vorwürfe als Anlass für Selbstreflexion und Dialog zu begreifen, ist Kritik in erster Linie abgewehrt und zurückgewiesen worden.

Athleten Deutschland ruft daher alle Verantwortlichen im Eisschnelllauf dazu auf, gemeinsam mit den Athletinnen und Athleten, die Missstände benannt haben, die Chance für eine Veränderung der Kommunikationskultur und des Umgangs miteinander zu nutzen. Wir halten es für geboten, die Bereitschaft der Athletinnen und Athleten zur Kritik als wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Sportart anzuerkennen. Wer Missstände offenlegt und zugleich an Lösungen mitarbeiten will, verdient Schutz und Unterstützung. Ziel muss es sein, tragfähige Strukturen für die Zukunft des Eisschnelllaufs zu schaffen. Wir bitten die Mitglieder des Ausschusses für Sport und Ehrenamt um Unterstützung auf diese Zielstellung hinzuwirken.

5. Suspendierung von Fridtjof Petzold

Athletinnen und Athleten müssen Kritik an ihrem Verband ohne Angst vor Repressalien äußern können, insbesondere dann, wenn interne Beschwerdewege dysfunktional sind oder von Interessenkonflikten geprägt werden. Wird Kritik dennoch zum Anlass für ein Disziplinarverfahren genommen, muss ein solches Verfahren fair und unabhängig ausgestaltet sein.

Im Zusammenhang mit der Suspendierung von Fridtjof Petzold bestehen daran erhebliche Zweifel. Er wurde suspendiert, ohne zuvor eine Anhörung zu erhalten, die ihm nach den einschlägigen Kaderkriterien zugestanden hätte. Hinzu kommt, dass in der Disziplinarkommission der DESG, die über mögliche Sanktionen entscheidet, ausgerechnet jene Personen vertreten sind, die Gegenstand der Kritik sind. Unter diesen Rahmenbedingungen kann aus unserer Sicht kein faires Verfahren gewährleistet werden. Für Athletinnen und Athleten

entsteht dadurch das fatale Signal, dass jegliche Kritik an Missständen mit dem Verlust des Startrechts oder mit Nachteilen für die Kaderzugehörigkeit beantwortet werden kann.

Athleten Deutschland fordert daher die sofortige Aufhebung des Startverbots gegen Fridtjof Petzold sowie die Beendigung des gegen ihn geführten Disziplinarverfahrens.

6. Ungenügende Beschwerde- und Streitbeilegungsmechanismen: unabhängige Clearing-Stelle dringend benötigt

Die Vorgänge im Eisschnelllauf sind Ausdruck eines Problems, auf das Athleten Deutschland seit Jahren hinweist. Im deutschen Sport fehlen weiterhin wirksame und unabhängige Mechanismen, um Konflikte, Beschwerden und Hinweise auf Missstände angemessen zu behandeln. Auch der Vorsitzende der DOSB-Ethikkommission und ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière hat diese Defizite [öffentlich benannt](#).

Vor diesem Hintergrund bekräftigen wir die Forderung nach einem unabhängigen Clearing-System, bei dem Konflikte und Beschwerden sachgerecht behandelt werden können. Die Notwendigkeit eines solchen Systems wurde im Rahmen der Spitzensportreform bereits anerkannt: Im [Feinkonzept zur Nachsteuerung und Optimierung der Förderung des Leistungs- und Spitzensports in Deutschland](#) haben Bund, Länder und organisierter Sport den Bedarf an entsprechenden Mechanismen bestätigt. Darin heißt es: „Defizitäre Governance-Strukturen, Fehlverhalten und/oder umstrittene fachliche Entscheidungen können Herausforderungen für handelnde Akteure im Sport bedeuten. In solchen Fällen sind verbandsinterne Prozesse zum Konfliktmanagement vielfach nicht geeignet, um ein von allen Seiten akzeptiertes Ergebnis herbeizuführen. Daher ist zusätzlich ein externes, übergeordnetes und zentrales Clearingsystem zur fundierten Bewertung von Konfliktfällen mit für alle Beteiligten bindenden Ergebnissen nötig.“ Umso schwerer wiegt, dass die Umsetzung eines solchen System bis heute nicht auf der Prioritätenliste der Bundesregierung und des organisierten Sports steht.

7. Förderpolitik, Good Governance und Athletenrechte

Mit der Auflösung der Struktursäule in der PotAS-Förderung sind auch die Bewertungskriterien entfallen, die mit Good Governance und Mitbestimmungsrechten von Athletinnen und Athleten verknüpft waren. Damit ist ein wichtiger Hebel verloren gegangen, um Defizite in der Verbandsführung systematisch zu erfassen und förderpolitisch zu adressieren.

Zwar ist im Entwurf des neuen Sportfördergesetzes vorgesehen, dass bei einem Verband eine ordnungsgemäße Geschäftsführung sichergestellt sein muss, dies greift jedoch zu kurz. Good Governance ist mehr als ordnungsgemäße Geschäftsführung. Sie umfasst vor allem transparente Entscheidungsstrukturen, Schutz vor Interessenkonflikten und wirksame Beschwerdewege.

Es ist deshalb wesentlich, dass auch künftig förderrechtliche Hebel bestehen, um Verbände zur Einhaltung solcher Standards anzuhalten. Die geplante Spitzensportagentur muss das Mandat haben, Verbänden nicht nur leistungsbezogene, sondern auch integritätsbezogene Vorgaben zu machen, insbesondere dort, wo der Schutz von Athletenrechten betroffen ist. Die Grundlage für ein solches Mandat muss im Sportfördergesetz verankert werden. Wir fordern die

Bundesregierung deshalb auf, den Referentenentwurf entsprechend zu schärfen und Good Governance-Vorgaben als verbindliche Fördervoraussetzung zu integrieren.

8. Verantwortung von DOSB und Bundesregierung

Der DOSB hat sich in vergleichbaren Konstellationen zuletzt mit dem Hinweis auf die Verbandsautonomie zurückgehalten. Dieses Argument ist rechtlich nachvollziehbar, wird dem Anspruch als Dachorganisation aber nicht gerecht. Als solche trägt der DOSB Mitverantwortung für Rahmenbedingungen, in denen Athletinnen und Athleten sicher und geschützt trainieren und an Wettkämpfen teilnehmen können. Satzungsgemäß gehört auch die Umsetzung einer guten Verbandsführung zu den Aufgaben, die der DOSB in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsorganisationen innehat. Insofern erwarten wir, dass der DOSB diese Verantwortung künftig aktiver wahrnimmt: durch den Einsatz für eine unabhängige Untersuchung, für eine unabhängige Clearingstelle, für ein starkes Mandat der künftigen Spitzensportagentur im Bereich Integrität und Athletenrechte sowie für verbindliche Fördervoraussetzungen im Bereich Good Governance.

Von der Bundesregierung erwarten wir, diese Forderungen als sportpolitische Notwendigkeit anzuerkennen und die erforderlichen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Bestehende Vereinbarungen aus der Spitzensportreform müssen entschlossen umgesetzt werden.

Ein Sportsystem kann nur dann leistungsfähig sein, wenn es die Integrität des Sports und die Rechte der Athletinnen und Athleten als grundlegende Voraussetzung des Spitzensports begreift. Gesetzgeber, DOSB und Verbände stehen gemeinsam in der Verantwortung, hierfür die strukturellen Voraussetzungen zu schaffen.

Über Athleten Deutschland e.V.

Athleten Deutschland e.V. wurde im Jahr 2017 gegründet, um den für Deutschland startenden Athlet*innen erstmals ein echtes Mitspracherecht zu ermöglichen. Der Verein setzt sich für grundlegende Veränderungen im deutschen und internationalen Sportsystem ein. Der Schutz, die Perspektive und die effektive Mitbestimmung der Athlet*innen stehen dabei immer im Mittelpunkt.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern kämpfen wir für weltbeste Rahmenbedingungen, die ihnen die Möglichkeit bieten, ihre sportlichen und persönlichen Potenziale zu entfalten. Wir treten ein für fairen und sauberen Sport, frei von Missbrauch und Gewalt, Manipulation und Misswirtschaft. Zur Erfüllung unserer Mission kollaborieren wir mit verschiedenen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, sowie mit gleichgesinnten Partnern in Europa und der Welt.

Athleten Deutschland e.V. wird durch das Bundeskanzleramt aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages finanziell gefördert.

Kontakt

Athleten Deutschland e.V.
Johannes Herber, Geschäftsführer
Tarek Elias, Referent Policy & Public Affairs
Friedbergstraße 19
14057 Berlin
E-Mail: info@athleten-deutschland.org
www.athleten-deutschland.org

**SPORT
EHRENOMT**

Gefördert durch:



Bundeskanzleramt

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages